

**Antrag der Fraktion der CDU****„Nord.Start“ – Bahn frei für ein Gründerzentrum in Bremen-Nord**

Der Bremer Norden steht weiterhin vor tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze liegt deutlich unter dem stadtweiten Durchschnitt. Viele Menschen mit Potenzial zur Selbstständigkeit oder Projektgründung haben vor Ort keinen Zugang zu Beratung, Netzwerken, Infrastruktur oder Finanzierung, zumal das bremische Gründungsökosystems aufgrund der Vielzahl seiner Akteure für sie sehr unübersichtlich ist. Gerade beim Thema Unternehmensgründung sind jedoch kurze und vor allem einfache Wege entscheidend. Daher braucht es nicht nur in Bremen-Stadt und in Bremerhaven, sondern auch in Bremen-Nord eine zentrale Anlaufstelle für diese Zielgruppe. Ein Gründerzentrum Bremen-Nord – als Außenstelle des an die Bremer Aufbau-Bank angedockten Starhauses – würde die Möglichkeit bieten, lokale Innovationskraft zu mobilisieren und aus Ideen konkrete Projekte und Unternehmen zu entwickeln. Dadurch ließen sich die Eigeninitiative und wirtschaftliche Dynamik im Bremer Norden stärken, die Wirtschaftsstruktur diversifizieren, neue Arbeitsplätze schaffen und der Stadtteil beleben.

Das Gründerzentrum (Arbeitstitel: „Nord.Start“ beziehungsweise „Starhaus Bremen-Nord“) soll sich mit gezielten Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten an junge Erwachsene und Studierende, Frauen mit Gründungswunsch, insbesondere auch solche mit Migrationshintergrund, Handwerkerinnen und Handwerker, Kreative, Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, Sozialunternehmerinnen und -unternehmer sowie Kleinunternehmen im Quartier richten. Als mögliche Standorte kämen eine Leerstandsimmobilie in der Vegesacker Fußgängerzone, eine Teilfläche auf dem Gelände des Berufsschulcampus Bremen-Blumenthal, das Steingutquartier in Bremen-Grohn, das „Alte Ortsamt“ in Burglesum oder das Burglesumer Polizeirevier in Frage. Eine Finanzierung könnte aus Landes- und EFRE-Mitteln, Bundesprogrammen und ergänzend durch Raummieten, Sponsoring und projektbezogene Partnerschaften erfolgen. Das Gründungszentrum sollte sich nachprüfbar Ziele setzen – etwa in den ersten fünf Jahren die Begleitung von mindestens 100 Gründungsprojekten, die Schaffung von mindestens 50

neuen Dauerarbeitsplätzen, die Gewinnung von mindestens zehn regionalen Kooperationspartnern, eine 40-prozentige Teilhabequote von Menschen mit Migrationsgeschichte sowie einen 30-prozentigen Anteil von Unternehmensgründerinnen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. bis zum 31. Juni 2026 ein Konzept für die Ansiedlung und den Betrieb eines Gründerzentrums in Bremen Nord als Außenstelle des Starthaus zu erarbeiten und ihr zur Beschlussfassung vorzulegen. Dieses Gründerzentrum soll als „One-Stop-Shop“ für Information, Beratung und Förderung für Gründungsinteressierte sowie Jungunternehmerinnen und -unternehmer dienen und mindestens folgendes Leistungsportfolio umfassen:
  - Raum und Infrastruktur (Co-Working-Space, Veranstaltungsflächen),
  - Beratung und Coaching (Existenzgründungsberatung, Coachings, Mentoringprogramme, Spezialmodule, zum Beispiel für Frauen, nebenberufliches Gründen und quartiersnahe Geschäftsideen),
  - finanzielle Starthilfen (Mikrokredit, Beteiligungen, Crowdfunding),
  - Informationsveranstaltungen (Workshops, Seminare, Vorträge),
  - Community und Netzwerke (Gründerinnen und Gründer-Stammtisch, Pitch-Nights, Kooperation mit anderen Akteuren des Bremer Gründungsökosystems etc.).
2. im Zuge der Erstellung dieses Konzepts folgende Fragen zu klären:
  - Flächen-, Personal- und Finanzbedarf,
  - Standort,
  - organisatorische Einbindung in das Starthaus und dessen Prozesse,
  - Finanzierung unter Nutzung und Einwerbung von Drittmitteln,
  - Definition von Erfolgskennziffern,
  - Reporting, Evaluation und Erfolgskontrolle.

3. der städtischen Deputation für Wirtschaft und Häfen spätestens sechs Monate nach Beschlussfassung einen Zwischenbericht zum Sachstand vorzulegen.

Bettina Hornhues, Theresa Gröninger, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU